

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 7/50. Jahrgang

Juli 2019

Schutzgebühr: 0,40 €

## Wohnraumvorenthaltungskonzept beschlossen

Nun hat die Stadt Gießen ein Wohnungsvergabekonzept beschlossen. Mit diesem wird akribisch die Bedürftigkeit erfasst und dann nach Lebenslage, Zielgruppenzugehörigkeit und Ortsbindung eine Wohnung zugewiesen. Dann wird z.B. geklärt, ob ein Schwerbehinderter, der gerade aus dem Knast entlassen wird, Vorrang hat vor einer Schwangeren in einem einsturzgefährdeten Gebäude. Größere Chancen haben aber beide nicht als einer von den 1000 gemeldeten Menschen, die einen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Als Michael Beltz (DKP), Stadtverordneter der Gießener Linken, in der Sitzung feststellte, dass der Kapitalismus schuld am Wohnungsmangel

sei und wir nur an den Symptomen herumdoktern, missfiel das OB Grabe-Bolz sehr. Sie entgegnete: Im kapitalistischen Gießen könne man froh über den hohen Anteil an öffentlichen Wohnungen sein und offenbarte damit ihre Unbedarftheit – nach neunjähriger Amtszeit. Froh zu sein bedarf es wenig; ihr reichen offenbar 2700 Sozialwohnungen in Gießen für 88.000 Einwohner. 1984, vor 35 Jahren, gab es in Gießen allein bei der Wohnbau rund 7000 Sozialwohnungen - bei nur 70.743 Einwohnern. Wohnungsnot ist nicht nur im kapitalistischen Gießen ein großes Problem, sondern in der ganzen kapitalistischen BRD. Sie ist Voraussetzung für die Gewinne der Eigentümer, für

### Inhalt:

Mord an Lübcke/DKP zu EU-Wahl	S. 2
Karstadt/Trinkwasser	S. 3
Uniklinik/LaGa	S. 4
Verfassungsfeinde/70 Jahre GG	S. 5
§ 219a: Neue Urteile/Leserbriefe	S. 6
Syrien/Eritrea-Veranstaltung	S. 7
Termine/DKP zum Iran-Konflikt	S. 8

steigende Mieten und für die Tatsache, dass bis zu 40% des Einkommens für die Wohnung bezahlt werden muss. In der BRD sank der Bestand von öffentlich geförderten Wohnungen von 2,5 Millionen im Jahr 2002 auf 1 Million. Da die Zahl der Neubau-

(Fortsetzung auf Seite 3)

## Fridays for Future- Noch bedeutender als die 68er Bewegung?!



40.000 demonstrierten am 21. 6. in Aachen (oben), 800 in Gießen (rechts) am 24. 5. gegen Klimakrise



„Ich glaube natürlich, dass die Jugendlichen, die sich engagieren, es tatsächlich verstanden haben, welche Bedrohung mit der Klimakrise, die jetzt einsetzt und in Zukunft vor ihnen liegt. Sie haben die längste Spanne des Lebens noch vor sich und wissen, was jetzt angesagt ist, dass sie sich wehren müssen. Wenn sie es schaffen, auch friedenspolitisch anschlussfähig zu werden – wir sind zur Zeit kurz vor einem Krieg, beispielsweise Iran-USA; wenn sie dieses Thema aufgreifen, wenn sie den Kampf, die Auseinandersetzung gegen den Sozialabbau und die Arbeitslosigkeit und den weltweit großen sozialen Unterschied aufnehmen, dann wird es ihnen gelingen, noch bedeutender als die 68er Bewegung zu sein... Wenn wir nun in Zukunft noch mehr Geld für die Rüstung ausgeben sollen, Milliarden Euro, dann wird dieses Geld bei der Bekämpfung der Klimakrise sicher fehlen...“

Prof. Klaus Moegling, Politologe, Kassel, in der Hessenschau am 21.6.2019

**Für Frieden und Sozialismus!**



# W.Lübcke: erstes Opfer aus dem Establishment

Die Empörung über den Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Lübcke ist außerordentlich, wie auch die Berichterstattung in den Medien - ist doch jetzt erstmals ein Vertreter des Establishments ermordet worden. Der mutmaßliche Täter und inzwischen in U-Haft sitzende Faschist S. Ernst war bereits 1993 wegen eines versuchten Bombenanschlags auf eine Flüchtlingsunterkunft verurteilt worden und 2009 an einem Überfall auf eine DGB-Kundgebung beteiligt. Er war also dem Verfassungsschutz, wie alle anderen Nazi-Attentäter einschließlich A. Amri (Attentat auf dem Berliner Weihnachtsmarkt 2016), bekannt und als besonders gewaltbereit eingestuft. Die Observierung wurde jedoch angeblich eingestellt und seine Akte mit einem Sperrvermerk versehen. Ministerpräsident Bouffier verspricht, „alles zu tun, um dieses scheußliche

*Verbrechen rückhaltlos aufzuklären*“. Wie das geschehen soll, wenn er gleichzeitig die von ihm angeordnete Sperrung eines Teils der hessischen NSU-Akten für 120 Jahre aufrechterhält, ist schleierhaft. Schon 2006 hatte Bouffier als Innenminister die Ermittlungen im Kassler NSU-Mord an H. Yazgot behindert und die Anhörung des V-Mannes Temme (Spitzname „Kleiner Adolf“) untersagt, der zur Tatzeit am Tatort war. Verhört werden konnte damals der V-Mann B. Gärtner, der sich hauptsächlich auf Gedächtnislücken berief und in den gleichen Kreisen verkehrte wie der mutmaßliche Lübcke-Mörder Ernst. Wenn jetzt über Hintermänner, Mitwisser und Mittäter dieses Mordes nachgedacht wird, so sollte dies ohne Scheuklappen geschehen. Nach offiziellen Zahlen sind in der BRD mindestens 85 Menschen seit

1990 von Nazis ermordet worden, nach Recherchen von Tagesspiegel und Zeit-Online waren es mindestens 169. Ihnen wurde eine solche Aufmerksamkeit nicht zuteil. Die Zunahme faschistischer Gewalttaten wurde bisher gerne heruntergespielt, Zahlen nur auf Anfrage - meist der Linkspartei - veröffentlicht, politische Hintergründe geleugnet und auf „Einzeltäter“ abgestellt.

Das wird nun anders sein, da das Opfer ein renommierter CDU-Politiker ist. Eine lückenlose Aufklärung jedoch darf bezweifelt werden, die Vermutung einer Vertuschung steht bereits im Raum.

Die Verquickung zwischen Verfassungsschutz und faschistischen Netzwerken bis hin zu den offiziell verbotenen „Blood and Honour“ oder „Combat 18“ muss gedeckelt bleiben. Und einmal mehr wird klar, dass der Verfassungsschutz trotz „Pannen“ nicht „unfähig“ ist, sondern seine Aufgabe im Dienste der Herrschenden wahrnimmt.

Erika Beltz



3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

[www.jungewelt.de/testabo](http://www.jungewelt.de/testabo)  
Abotelefon: 030 53 63 55 50

**Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.**

## DKP Gießen zum Ergebnis der EU-Wahl

Der Kreisvorstand der DKP Gießen fasste sich auf seiner letzten Sitzung mit dem Ausgang der EU-Wahlen, die den erwarteten Denkkzettel für die Parteien der großen Koalition aus CDU/CSU/SPD erbrachten. Michael Beltz, Mitglied des Kreisvorstands, stellte fest, dass die Grünen als große Gewinnerin unverdient von dem gewachsenen Interesse an Klimaerwärmung und Ökologie profitiert hätten. Denn auch sie wollen an der kapitalistischen Produktionsweise, die für die Umweltzerstörung hauptverantwortlich ist, festhalten und hatten sogar als Teil der NRW-Landesregierung der Rodung des Hambacher Forstes zugestimmt. Zwar hat die Initiatorin der Bewegung „Fridays for Future“, Greta Thunberg, die

Notwendigkeit eines Systemwechsels klar benannt, aber in den hiesigen Berichten über die Demonstrationen war mehr von Flug- und Autoverzicht die Rede als von den Verbrechen der Industrie und der Umweltzerstörung durch Militär und Kriege. Durch die mediale Fokussierung auf das Abschneiden der Rechten, deren Aufstieg in der BRD zum Glück gebremst wurde, und der CO<sub>2</sub>-Diskussion ist es gelungen, katastrophale Missstände wie die zunehmende Armut und Wohnungsnot als Wahlthema auszuklammern. Auch die immensen und weiter steigenden Rüstungsausgaben, die die Gefahr eines weiteren - möglicher-weise atomaren - Krieges beinhalten, wurden nur von der DKP benannt.

**EU = ARMUT**

Solidarität statt Konkurrenz

Mindestlohn 15 €

WÄHLT KOMMUNISTEN!  
dkp.de

**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei



# Solidarität mit den Beschäftigten von Karstadt

Für die Kolleginnen und Kollegen von Karstadt hat die laufende Tarifrunde (ver.di fordert 6,5% mehr Lohn – die Unternehmer „bieten“ 1,7%) noch eine weit größere Bedeutung.

Waren vor 30 Jahren in Gießen noch etwa 1000 Angestellte bei Karstadt beschäftigt, so sind es heute nur noch 215 – bei gleichgebliebener Verkaufsfläche. Darüber hinaus hat die Belegschaft seit Jahren Lohneinbußen hingenommen, um die Arbeitsplätze beim kriselnden Konzern zu sichern. Ihr Lohn liegt derzeit um 11,4% unter dem Tarifvertrag. Vertraglich sollte diese Lücke bis 2021 wieder geschlossen werden. Das ist jetzt gefährdet. Wieder einmal bewahrheitete es sich, dass Lohnverzicht dauerhaft keine Arbeitsplätze sichert.

Vor einem halben Jahr ist durch die Fusion mit Kaufhof der Riesenkon-

zern „Galeria Karstadt Kaufhof“ entstanden. Jetzt hat der kanadische Konzern HBC seine Beteiligung in Höhe von 49,99% an den österreichischen Konzern Signa verkauft. Dessen Chef, der Spekulant René Benko, hatte Ende 2014 Karstadt aufgekauft und die Sparmaßnahmen durchgesetzt.

Nun will er in seinem Konzern insgesamt weitere 1000 Vollzeitstellen abbauen. Um seinen Profit weiter zu steigern, werden die Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit oder gleich in eine geringfügige Beschäftigung ge-

drängt. Karstadt-Beschäftigte werden zu Hartz-IV-Aufstockern; Altersarmut ist programmiert.

Und: Die Geschäftsleitung fordert entgegen früherer Abkommen den dauerhaften Ausstieg aus dem Branchentarifvertrag.

Dagegen setzen sich die Beschäftigten zu Wehr. 62 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich Mitte Mai mit einem Warnstreik an einem Aktionstag der Gewerkschaft in Frankfurt. Sie brauchen Unterstützung und Solidarität, die der anderen Gewerkschaften und von uns allen. E.B.



(Fortsetzung von Seite 1)

## Wohnungsvorenthaltung

ten niedriger ist als die Zahl der Wohnungen, die aus der Sozialbindung herausfallen, sinkt der Bestand kontinuierlich weiter und die Obdachlosigkeit nimmt zu.

Notwendig sind die Errichtung vieler neuer Sozialwohnungen, ein Mietpreisstopp und die Enteignung der großen Wohnbaukonzerne. Das wird im Interesse des Kapitals verhindert. Das Vergabekonzept ist Bestandteil des Wohnraumversorgungskonzepts, das Ende 2016 beschlossen wurde. Von ihm hatten wir damals schon geschrieben, dass es in Wahrheit ein Wohnraumunterversorgungskonzept ist, das lediglich der Verwaltung der Misere dient.

## Bürger zahlen hohe Kosten für nicht abgenommenes Trinkwasser

### Presseerklärung der Initiative „Bürger für gerechte Wasserpreise“

Das System der kommunalen Wasserversorgung, auch in Gießen, ist ebenso komplex wie undurchsichtig. Damit schützt man sich erfolgreich gegen Einblicke des Bürgers, der ohne Murren seine Wassergebühren zahlt, die immer höher werden.

Die Stadt Gießen bezieht ihr Trinkwasser aus den eigenen Quellen der Stadtwerke Gießen (SWG) sowie vom Zweckverband Mittelhessischer Wasserwerke (ZMW). Schon seit mindestens 20 Jahren hat man vom ZMW wesentlich weniger Trinkwasser abgenommen, als man sich vertraglich verpflichtet hatte. Deswegen müssen jedes Jahr hohe sogenannte „Leerkosten“ bezahlt werden, die von der Stadt als „Bereitstellungsgebühr“ bezeichnet werden. Im Jahr 2017 fielen dafür 590.000 Euro an.

Um die hohen Leerkosten zu vermeiden, wäre die einfachste Lösung, weniger Wasser von den Stadtwerken abzunehmen. Aber die Stadt hat sich 2011 mit dem Wasserlieferungsvertrag verpflichtet, von den Stadtwerken mindestens 3,3 Mio. Kubikmeter Wasser abzunehmen. So bleibt es dabei, dass die Stadt vom ZMW weniger Wasser abnimmt und Leerkosten bezahlen muss. Aber dem Magistrat scheint das egal zu sein, zumal die Leerkosten ja nicht die Stadt bezahlt, sie werden auf die Wasserkunden abgewälzt. Die linke Opposition im Stadtparlament hat den Wasserlieferungsvertrag mehrfach kritisiert und vorgeschlagen, die Mindestabnahmemenge von den Stadtwerken auf 3 Mio. zu reduzieren. Ohne Erfolg. Vollständiger Text unter: <https://www.mieterverein-giessen.de/presse/detailansicht/article/49432-buerger-in-giessen-zahlen-hohe-kosten-fuer-nicht-abgenommenes-trinkwasser-vom-zmw.html>

## Land Hessen will in Gießen Wohnraum für 500 Menschen zweckentfremden

Was soll aus dem Notaufnahmelager werden? Das fragte die Fraktion der Linkspartei im Hessischen Landtag und bekam zur Antwort: Die Landesregierung plane den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) Niederlassung Mitte auf dem Gelände des Meisenbornwegs zusammenzuliegen – neben der Einrichtung des Museums. Nach längerer Suche habe man laut Minister keine andere Liegenschaft für den Landesbetrieb ge-

funden. Zu der notwendigen Schaffung bezahlbaren Wohnraums wurde sich nicht geäußert.

Immerhin ist im Notaufnahmelager Wohnraum für 500 Menschen vorhanden, der damit kurzerhand zweckentfremdet wird. Für das geplante Museum ist das Pfortnergebäude völlig ausreichend.

Bei der bestehenden Wohnungsnot sollte sich die Stadt Gießen das nicht unwidersprochen gefallen lassen!

# LaGa: Wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe

Wenn einer, der mit Mühe kaum, geklettert ist auf einen Baum, schon meint, dass er ein Vöglein wär, so irrt sich der.  
Wilhelm Busch

Mit einem „Gartenfest“ wollten der Förderverein und der Magistrat ihre Landesgartenschau 2014 (LaGa) nachträglich hochjubeln - am und im Landschaftsschutzgebiet neben einem Biotop. Doch einen Grund zum Bejubeln der LaGa haben nur wenige Gießener. 15 Euro Eintritt pro Tag zur LaGa waren für viele Gießener unerschwinglich. Die Baumrodungen, Zerstörung von Orchideen und eines Krötenlaichgebietes, die Wechselforbeete – Nachhaltigkeit sieht anders aus. Zur Nutzung des Skaterparks mussten die Jugendlichen vollen Eintritt bezahlen. Eine unsinnige und danach gesperrte neue Brückenkonstruktion über den Schwanenteich - statt dem romantischen Hochzeitsbrückchen. Die Lahnbrücke hätte man auch ohne LaGa bauen können. Der Verzicht auf die Zu-



schüttung der Fußgängerunterführung an der Ostanlage für die Fahrt der „Bimmelbahn“ hätte die Lahnbrücke finanziert. Warum sollten die Gießener den jahrelangen Bauzaun um ihr Freizeitgebiet „Wieseckkaue“ feiern, oder die Vertreibung des Teichhuhns, des Verkehrsübungsplatzes und des Fußballklubs „Blau-Weiß“? Und warum sollten wir die Millionen Euro verpulverter Steuergelder oder die Erhöhung der Grundsteuer feiern? Die LaGa war nicht das Fest der Gießener. Deshalb kam auch nur die Hälfte der erwarteten Besucher, mancher mit einer Freikarte, am letzten Tag ohne Billett. Es war das Profit-Fest der auswärtigen Baufirmen, der Busunternehmen, der Eventmanager und Gartenarchitekten, eines auswärtigen Event-Gastronomen, einiger weniger Gärtnereien und der Baumfäll-Industrie. Der Gießener „Einzelhandel profitiert kaum“, wie der Gießener Anzeiger nach der LaGa schrieb (4.10.2014). Und es war die Hoch-Zeit der politi-

schen Selbstdarsteller Weigel-Greulich, Wiemer usw. Doch der Förderverein und seine Hauptverantwortlichen halten das Märchen vom „Gießener Gewinn“ aufrecht. Ihr Gartenfest war eine Rechtfertigungs-Gartenparty, um die Erinnerung in rosa-grüne Farbe zu tauchen. Der Förderverein, als Zusammenschluss von Kommerz und Politik und die bürgerlichen Politdarsteller Gießens sind sicher keine Vöglein, sondern gleichen eher dem Frosch, der hochmütig und selbstherrlich neben dem Baumstamm hockt und auf Höheres schielt. M. Berger



## Uni-Klinikum: Der Rhön-AG geht es zu gut

In einem Vorstandsbericht äußerte sich der Vorstandsvorsitzende der Rhön Kliniken AG (Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg), Stefan Holzinger, sehr zufrieden mit der Entwicklung des Konzerns. Für Holzinger, der vor Antritt dieses Amtes nie etwas mit dem Gesundheitswesen zu tun hatte, sind Kliniken Betriebe wie jeder andere auch – was zählt, ist der Gewinn. Dass es dort um die Gesundheit und das Leben von Menschen geht, spielt keine Rolle. Das Verantwortungsbewusstsein des Personals gegenüber den Patienten nutzt er maximal aus. Er will die ihm unterstehenden Krankenhäuser „auf Trab bringen“, so hat er sich zu Beginn seiner Tätigkeit geäußert – und damit meint er, möglichst das Letzte aus den Beschäftigten herausholen. So ganz gelingt ihm das aber nicht, die Betrof-

fenen haben gelernt, sich zu wehren und können sich dabei auf die Solidarität vieler Menschen verlassen. Kleine Erfolge bei der Personalbemessung und der Bezahlung haben sie in den letzten Jahren durch Streiks und andere Aktionen schon erzielt. Die Zufriedenheit des Vorstands zeigt aber, dass noch mehr drin ist. Kliniken sollten keine Profite für die Aktionäre erwirtschaften, sondern alle eingenommenen Gelder für das Wohl der Patienten einsetzen. Im immer stärker privatisierten Kliniksystem ist das natürlich utopisch. Deswegen gehören solche Einrichtungen grundsätzlich nur in öffentliche oder gemeinnützige Verantwortung. Dafür sind aber noch viel machtvollere Kämpfe der Beschäftigten und aller Betroffenen notwendig. Gernot Linhart



# Verfassungsfeinde am Werk

Kevin Kühnert ist Vorsitzender der Jungsozialisten in der SPD. Er fordert die „Kollektivierung“ von BMW und großer Wohnungsgesellschaften, was immer das genau heißen soll. Auf jeden Fall sollten wohl große Konzerne, die ihre Macht zum Schaden der Allgemeinheit missbrauchten, in ihrem Einfluss beschränkt werden. Auf Kühnert erfolgte ein politischer Aufschrei, von Sozialdemokraten, CDU- und FDP-Politikern. Der war so allgemein und so vehement, als habe da einer verfassungsfeindliche Forderungen gestellt.

Nun fordert das bundesdeutsche Grundgesetz keine bestimmte Wirtschaftsordnung, auch keine kapitalistische. Im Gegenteil. Als das Grundgesetz 1948 erarbeitet wurde, war die Schuld des deutschen Monopolkapitals am Faschismus und seinem Krieg im Bewusstsein der Menschen noch gegenwärtig. Selbst das Ahlener Programm der CDU von 1947 erklärte: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.“ Der SPD-Vorsitzende Kurt Schuma-

cherforderte, wie ernst das auch immer gemeint war, das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Planung des Wirtschaftsprozesses. Das alles scheint lange her und die FDP macht sich für die Streichung des Artikels 15 des Grundgesetzes stark, der Enteignungen ausdrücklich zulässt.

Unsere Verfassung ist, weiß Gott, keine sozialistische und Kommunisten könnten sich eine andere, etwa mit sozialen Grundrechten wie solche auf Arbeit und Wohnen, vorstellen. Aber der von Kühnert ausgelöste allgemeine Aufschrei zeigt, wie gefährdet der Bestand des Grundgesetzes durch die herrschenden Politiker ist. Als es 1949 im damaligen sog. Parlamentarischen Rat zur Verabschiedung stand, sagte der KPD-Vorsitzende Max Reimann, der in einer Verfassung allein für Westdeutschland die Spaltungsurkunde Deutschlands sah: „Wir unterschreiben nicht. Aber es wird die Zeit kommen, in der wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

Diese Zeit ist längst gekommen: bei der Einführung der Wehrverfassung ins Grundgesetz, den Notstandsgesetzen und heute wieder bei dem Versuch, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in unserer Verfassung festzuschreiben. Klaus Mewes



## 70 Jahre Grundgesetz – 70 Jahre Verfassungsbruch

Die Jubelreden sind gehalten, von der Verfassungswirklichkeit wurde geschwiegen. Das alte Grundgesetz (GG) ist zum Steinbruch verkommen und seiner Substanz weitgehend beraubt worden.



1956 wurde unter Bruch des GG die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

1968: Verabschiedung der „Notstandsgesetze“, mit denen alle wesentlichen Grundrechte „bei Bedarf“ aufgehoben werden können.

Ab 80er Jahre: Grundgesetzwidrige Privatisierung von Bahn und Post, Telekom und Postbank gegen Artikel 73 GG.

1993: Faktische Abschaffung des grundgesetzlich garantierten Asylrechts (Artikel 16).

1999: Deutschland führt einen grundgesetz- und völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien.

Auch ohne formale Änderung des GG wurden 1972 die Berufsverbote unter Verstoß gegen Artikel 3 eingeführt.

Artikel 139, der unter Bezug auf das Fortbestehen des Potsdamer Abkommens das Verbot aller faschistischen Organisationen bestimmt, wurde nie verwirklicht.



# Wieder Ärztinnen wegen § 219a verurteilt

Mitte Juni sind zwei Berliner Ärztinnen wegen „Werbung für Abtreibung“ zu Geldstrafen in Höhe von jeweils 2000 Euro plus die Kosten des Verfahrens verurteilt worden.

Das war der erste Prozess seit dem faulen Kompromiss zum § 219a, dem auch die SPD zugestimmt hatte, obwohl dies nicht Teil des Koalitionsvertrags war und die übergroße Mehrheit auch der SPD-Wählerinnen und Wähler diesen Paragrafen, den die Nazis 1933 eingeführt hatten, streichen will. Auf ihrer Internetseite hatten die Ärztinnen informiert, dass bei ihnen „ein medikamentöser, narkosefreier Schwangerschaftsabbruch“ vorgenommen werden kann. Der Staatsan-

walt hatte angeboten, das Verfahren einzustellen, wenn der Hinweis auf die medikamentöse Methode von der Webseite genommen würde. Das lehnten sie ab.

Nach der Reform des § 218, der Abtreibung weiterhin unter Strafe stellt, aber unter bestimmten Bedingungen – vor allem nach einer Zwangsberatung – straffrei belässt, hat sich die Situation weiter verschlechtert.

Es wird immer schwieriger, Ärzte und Kliniken zu finden, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen. Immer mehr Frauen sind gezwungen, illegal – mit allen gesundheitlichen Risiken – abzutreiben oder – wenn sie die dafür notwendigen 1000 Euro ha-

ben – wie in finsternen Zeiten nach Holland zu gehen.

Etwa 1200 bis 1600 Frauen gehen jährlich diesen Weg, Tendenz steigend.

Die Gießener Ärztin Kristina Hänel wird vor dem Bundesverfassungsgericht klagen, sobald das schriftliche Urteil des Oberlandesgerichts vorliegt, das ihre Verurteilung nach § 219a bestätigt.

Derweil erhält sie viel Unterstützung und Ehrungen und hat ihr erstes Buch geschrieben: Das Politische ist persönlich. Tagebuch einer „Abtreibungsärztin“. Argument Verlag, 238 Seiten, 15 Euro.



## Leserbriefe

### Glaubt ihnen nicht!

Sie predigen Gürtel enger schnallen, meinen damit aber immer die Gürtel derer, die eh schon nichts auf dem Teller haben, während sie ihre eigenen vollen Wänste mit noch mehr Kaviar und feinen Pasteten stopfen.

Sie predigen Frieden, Freiheit und Demokratie, betreiben aber noch mehr Kriege, Unterwerfung und Redeverbote.

Sie predigen Armutsbekämpfung und bekämpfen die Armen.

Sie predigen Hungerbekämpfung und bekämpfen die Hungernden.

Sie predigen Krankheitsbekämpfung und bekämpfen die Kranken.

Sie predigen Gerechtigkeit und machen alles ungerechter.

Sie predigen Gleichheit und machen alles ungleicher.

Das Kartell der wasserpredigenden Weinsäufer regiert das Land, glaubt ihnen kein Wort!

Und neuerdings haben wir es auch wieder mit dem Kartell der linksblinkenden Rechtsabbieger zu tun, es sind die politischen Wölfe, die getarnt in Schafspelzen, vor den Wahlen dem Volk alles versprechen und nach den Wahlen das Gegenteil machen, es sind die Privatisierungssozis und NATO-Grünen, die uns 1998 soziale Gerechtigkeit, verkehrspolitische Wendungen und Völkerverständigung versprochen, aber dann mit Hartz IV, Leiharbeit, Subventionen der Autoindustrie und Krieg in Jugoslawien uns das Fell über die Ohren zogen.

Das Kartell der linksblinkenden Rechtsabbieger regiert das Land, glaubt ihnen kein Wort!

Claudio Coladangelo

### Betr.: Darmkrebs

Meine Vermutung: Mit einfachen Mitteln ließe sich die Anzahl der Darmkrebstoten deutlich vermindern.

Die Menschen sollten in der Toilette nur noch Flachspüler verwenden. Dann bemerkt man frühzeitig kleine Blutauflagerungen.

Die könnten einen Hinweis auf Krebsvorstufen geben, so dass rechtzeitig eine Erkrankung festgestellt werden kann. Und vielleicht noch geheilt!

Jetzt noch ein Tipp an Enddarmprofessoren: Schickt Doktoranden zu den Krebspatienten mit der Frage: Tiefspüler oder Flachspüler. Vielleicht kann man nach statistischer Auswertung der Heilungen und der Todesfälle damit meine These bestätigen. Und vielleicht manchen Patienten in Zukunft retten.

Lennard Alswede, Arzt, Gießen



# Lasst die Syrer selbst entscheiden

Der vor allem von der NATO und den reaktionären Golf-Monarchien betriebene bewaffnete Regierungs- und Systemwechsel in Syrien ist gescheitert. Die islamistischen Banden, die vorwiegend aus im Ausland rekrutierten Kämpfern bestehen, konnten trotz massiver Unterstützung mit Geld und Waffen nur zeitweise größere Teile des Landes beherrschen. In den betroffenen Gebieten litt die ansässige Bevölkerung unter massivem Terror. Der größte Teil der Bevölkerung hielt immer zur rechtmäßigen Regierung unter Präsident Assad, auch wenn das keine ideale Regierung ist. Sie garantiert aber das, was Syrien ausmacht: ein säkulares Land, in dem unterschiedliche Ethnien und Religionen unbehelligt leben können. Ohne diesen Rückhalt in der Bevölkerung hätte die Armee nicht jahrelang durchhalten können und die ausländischen Verbündeten wären nicht zu militärischer Hilfe bereit gewesen - und sie hätte auch nichts genutzt. Obwohl die Islamisten verloren haben, versuchen die Betreiber des Regierungswechsels immer noch, ihnen zur Macht zu verhelfen. Die selbsternannten „Freunde Syri-

ens“ wollen weiterhin mit militärischem Druck und Wirtschaftssanktionen einen Regierungswechsel erreichen und dem Land eine Verfassung aufzwingen, mit der eine Spaltung nach religi-



*Auch bei den Aktionen der Friedensbewegung (Ostermarsch auf dem Römer 2013) ist diese Forderung dabei*

ösen und ethnischen Merkmalen erfolgt. Einer der Hebel, der ihnen bleibt, ist die letzte von Al-Kaida-Terroristen besetzte Provinz Idlib. Dorthin wurden alle aus anderen Gebieten vertriebenen Terroristen verbracht. Sie zwingen der ansässigen Bevölkerung ihre religiösen Regeln auf, beschießen Teile Syriens mit Raketen und Grana-

ten und überfallen benachbarte Städte. Wenn die syrische Armee und ihre Verbündeten zurückschlagen, führt das zu empörten Reaktionen bei westlichen Regierungen und ihren Massenmedien. Zweiter Hebel sind Wirtschaftssanktionen. Jede wirtschaftliche Erholung und jeder Wiederaufbau soll verhindert werden, solange es keinen Regierungswechsel gegeben hat und die Islamisten nicht an der Macht beteiligt sind. Baschir Assad wurde in einem Propagandakrieg zu einer Art Teufel erklärt, der Kampf der Armee gegen die terroristische Bedrohung als „Abschlachten des eigenen Volkes“ diffamiert. Dabei wurde übersehen, dass die Armee überall dort, wo sie die Islamisten vertreiben konnte, als Befreier gefeiert wurde. Wie es in Syrien weitergeht, muss die dortige Bevölkerung selbst entscheiden können. Dazu müssen die Besetzung von Teilen des Landes durch Türkei und US-Armee beendet werden, die Unterstützung der Terroristen aufhören und die Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden.

Gernot Linhart

**Redaktionsschluss für August-Echo: Mi., 31. Juli**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, bitte einsenden.

**Ich möchte:**

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....



Am 18.6. fand in Gießen eine gut besuchte Veranstaltung der Deutsch-Eritreischen Gesellschaft (DEG) statt. Der Referent Dr. Mussie Habte (rechts) berichtete von dem Krieg mit Äthiopien, um dann anhand des kürzlich geschlossenen Friedensvertrages zu erläutern, welche Möglichkeiten und auch Perspektiven dieser Vertrag für Eritrea bietet. Gleichzeitig stehen der Regierung entscheidende Aufgaben bevor, wenn es darum geht die Bevölkerung in die Entwicklungsprozesse einzubeziehen. Die spannende und auch kontroverse Diskussion wurde von Martina Lennartz (2. v.l.) in konstruktiver Weise geleitet. Die Anwesenden einigten sich diese Diskussion fortzusetzen. Anschließend berichtete Dr. Jochen Boettcher (links) sehr anschaulich mit Ton und Bild und ließ dadurch alle an den Eindrücken seiner vielen Reisen teilhaben. Zweiter von rechts ist der stellvertretende Vorsitzende der DEG, Fithawie Habte. M.L.

## Büchel dichtmachen – US-Atomwaffen raus

Aktionen von DKP und SDAJ vom 11. bis 14. Juli

Das Atomwaffenlager Büchel ist ein wichtiger Mosaikstein in der strategischen Planung der NATO. Der Abwurf der dort lagernden US-Atombomben wird von deutschen Tornado-Piloten geübt. In den nächsten Jahren sollen sie durch neue Bomben mit noch größerer Zerstörungskraft ersetzt werden.

**Freitag, 12. Juli:** Aktionstag, Podiumsdiskussion „Wie schaffen wir eine atomwaffenfreie Welt?“, Lieder der Arbeiter- und Friedensbewegung und Grillparty

**Samstag, 13. Juli:** Infostände und Aktionen in Trier, Koblenz und Mayen, Internationale Friedenskundgebung mit unseren Schwesterparteien vor dem Fliegerhorst, Diskussion von „Büchel atomwaffenfrei“ mit Vertretern der Friedens- und Antiatomwaffenbewegung aus den USA, Neuseeland und England

**Die Versorgung und Unterbringung wird gemeinsam organisiert, daher bitte rasch verbindlich anmelden bei: [buechel\(at\)dkp.de](mailto:buechel(at)dkp.de)**

## 12.-14.6.: Eritrea-Festival in den Hessenhallen

### Podiumsdiskussion der DEG

#### "Friedensschluss Eritrea und Äthiopien Hintergründe und Perspektiven"

am Samstag, dem 13. Juli, von 15.30 - 17 Uhr auf dem Gelände des Festivals. Eine Veranstaltung der Deutsch-Eritreischen Gesellschaft (DEG)  
Für Besucher dieser Veranstaltung ist der Eintritt frei.

Jeden Montag, von 18 bis 19  
Uhr bei den 3 Schwätzern im  
Seltersweg/Ecke Plockstr:

### Protest gegen Hartz IV

**DKP**  
Nachrichtenportal



[blog.unsere-zeit.de](http://blog.unsere-zeit.de)  
[www.dkp-hessen.de](http://www.dkp-hessen.de)  
[www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)  
DKP-Gießen auch bei facebook

## DKP-Info-Stände

am Samstag, 10. August, 28.  
September, 26. Oktober,  
jeweils ab 10.30 Uhr am  
Kreuzplatz

**UZ-Sozialistische  
Wochenzeitung der DKP**  
**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**6 Wochen  
kostenlos testen**

[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)  
Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen  
[info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)



## Erklärung des DKP Parteivorstands zum Iran-Konflikt

Die aggressivsten Kräfte an der Spitze des US-Imperialismus drängen auf die Unterwerfung des Iran mit allen Mitteln – bis hin zum Krieg. Seitdem die US-Regierung das sogenannte Atom-Abkommen JCPOA zwischen Iran und den fünf UN-Vetomächten (USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich) sowie Deutschland im Mai 2018 aufkündigte, wurden die mörderischen Wirtschaftssanktionen wieder aktiviert. Mit immer schnelleren Schritten wird nun eine militärische Drohkulisse aufgebaut, die nach dem Willen der US-Kriegstreiber in letzter Konsequenz in einen Angriffskrieg münden kann. Dabei hatte sich der Iran an die Umsetzung des Abkommens gehalten. Die USA sind – ohne dass das vertraglich überhaupt vorgesehen ist – aus dem Abkommen ausgestiegen. Der vorgesehene Mechanismus zur Klärung von Streitig-

keiten wurde ignoriert. Wie schon in der Vergangenheit wird wieder versucht, mit einem mörderischen Wirtschaftskrieg das iranische Volk so schwer zu treffen, dass ein „Regime-Change“ möglich wird. Dieses Ziel wurde seit dem Ende des Schah-Regimes 1979 nie aufgegeben. Völkerrechtswidrig mischen sich die USA und ihre Verbündeten rund um den Globus in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein und maßen sich an, missliebige Regierungen zu beseitigen und Marionettenregierungen zu installieren. Das Prinzip der nationalen Souveränität – der Freiheit eines jeden Volkes, unabhängig seine inneren und äußeren Belange zu bestimmen – wird durch das Faustrecht in den internationalen Beziehungen ersetzt. Seit Monaten trommeln US-Sicherheitsberater Bolton und US-Außen-

minister Pompeo gemeinsam mit den Regierungen Israels und Saudi-Arabiens für einen Krieg.

Fadenscheinig werden dem Iran jetzt Sabotage- und Terrorakte im Persischen Golf untergeschoben. Ein neuer Akt der niederträchtigen Tradition des US-Imperialismus, erwünschte Kriegsgründe selbst zu schaffen – vom „Tonkin-Zwischenfall“ in Vietnam bis hin zur den angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen – droht...

Die Bundesregierung tut nichts, um die drohende Gefahr abzuwenden. Trotz der Planung eines Angriffskrieges durch die US-Regierung, der sich eindeutig gegen den Weltfrieden und die Sicherheitsinteressen der Völker, auch der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands, richtet. Der vollständige Text steht hier: <http://blog.unsere-zeit.de/?p=1901>